

## Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 03.07.2017

### Öffentlicher Teil

Ort: Senatssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

### Anwesenheit

Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Herr Axel Hochschild  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Milos Rodatos  
Frau Birgit Socher  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Herr Erik von Malottki

### Verwaltung

Frau Jeannette von Busse  
Frau Sandra Schlegel  
Herr Hannes Bartelt  
Frau Katrin Teetz  
Frau Petra Demuth  
Frau Sabine Kaeß  
Frau Anett Hauswald  
Frau Beate Schinkel  
Herr Winfried Kremer  
Herr Steffen Winckler  
Herr Fred Wixforth  
Frau Heike Lüdemann  
Frau Sarah Wiesenberg

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 08.05.2017
4. Beschlusskontrolle
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1. Votum zum Mehrgenerationenhaus „Aktion Sonnenschein“  
*Oberbürgermeister, Gleichstellungs- und Familienbeauftragte*
  - 5.2. Annahme einer Spende zur Einrichtung einer legalen Graffitiwand  
*Oberbürgermeister, Beauftragte für Prävention*
  - 5.3. Änderung des Beschlusses B279-11/16 zur Übertragung von Anlagevermögen an den Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum (heute Seesportzentrum Greif)  
*Dez. I, Beteiligungsmanagement*
  - 5.4. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule  
*Dez. I, Amt 41*
  - 5.5. 3. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.6. Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogrammes Vorpommern, Entwurf 2017 zur dritten Stufe der Beteiligung –Raumordnerische Festlegungen für die Windenergienutzung-  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.7. Bauantrag - Neubau eines REWE-Marktes am Bahnhof Greifswald-Süd  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.8. Bebauungsplan Nr. 13 – Am Elisenpark –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.9. 22. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55-A „Alter Speicher“)  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.10. Bebauungsplan Nr. 55-A „Alter Speicher“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Aufstellungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.11. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55 –Hafenstraße –)  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.12. Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße – der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Entwurf, 2. Durchgang), Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.13. Bebauungsplans Nr. 113 - KAW-Gelände Süd-Ost -; Aufstellungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.14. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch -, Aufstellungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.15. Sonderausstellung zu Ernst-Moritz-Arndt im Pommerschen Landesmuseum  
*CDU-Fraktion, Fraktion BG-FDP, Fraktion KfV, Herr Peter Multhauf*
  - 5.16. Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung einer Verordnung zur Ausweisung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern  
*Erik von Malottki (AG Bezahlbare Wohnraum)*
  - 5.17. Weiterentwicklung des Quartiersmanagements in Schönwalde II ab 2018  
*Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt*
  - 5.18. Pfand gehört daneben, nicht in den Müll

**Fraktion DIE LINKE**

- 5.19. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
7. Mitteilungen der Präsidentin
8. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

**Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. schlägt vor, die nachträgliche Vorlage „*Abberufung des stellv. Betriebsleiters des Eigenbetriebs Abwasserwerk Greifswald*“ unter TOP 5.19 einzuordnen.

. informiert, dass

- es zu TOP 5.16 „*Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung einer Verordnung zur Ausweisung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern*“ eine neue Version gibt.
- TOP 5.1 (nichtöffentlicher Teil) in dieser Sitzung noch nichtöffentlich behandelt werde, da es nicht mehr möglich sei, ihn in den öffentlichen Teil zu verschieben. In der Sitzung der Bürgerschaft hingegen werde er öffentlich behandelt.

Weiteren Änderungsbedarf gibt es nicht.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 08.05.2017**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 1
----------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 4. Beschlusskontrolle**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

. geht auf die Fertigstellung des Carl-Paepke-Denkmal ein und kritisiert den diesbezüglichen Artikel im Stadtblatt.

**TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen**

**TOP 5.1. Votum zum Mehrgenerationenhaus „Aktion Sonnenschein“**

06/1064 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr von Malottki**

. fragt, weshalb die Beschlussvorlage nicht in der Ortsteilvertretung Schönwalde II/Groß Schönwalde behandelt worden sei.

**Der Oberbürgermeister**

. erklärt, dass dieser Beschluss nur aus formalen Gründen gefasst werde. Dieses Thema sei inhaltlich bereits ausführlich im Rahmen der Haushaltsdebatte beraten worden.  
. lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.2. Annahme einer Spende zur Einrichtung einer legalen Graffitiwand**

06/1070 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.3. Änderung des Beschlusses B279-11/16 zur Übertragung von Anlagevermögen an den Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum (heute Seesportzentrum Greif)**

06/1042

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

## TOP 5.4. 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule

### 06/1049 Der Oberbürgermeister

- . ruft den TOP auf.
  - . sagt, dass es im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft die Anregung gegeben habe, eine andere Berechnung vorzunehmen.
- Dies habe die Verwaltung vorgenommen und allen zugesandt. Jedoch spreche sich die Verwaltung für die ursprüngliche Berechnung aus.

### Herr Multhauf

- . plädiert dafür, auf die Erhöhung zu verzichten.
- . geht auf die Finanzierungstabelle ein. Dort sei ersichtlich, dass durch die Änderung der Gebühren mehr Gelder eingenommen würden, als im Haushalt geplant.

### Herr von Malottki

- . informiert, dass der Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft die Herstellung einer stärkeren Ausgeglichenheit zwischen Schülern und Erwachsenen empfohlen habe. Eine Lösung – im Sinne des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft – wäre die Orientierung an der Regelung der Musikschulen im Kreis. Dort würden die Gebühren der Erwachsenen 50 Prozent höher als die der Schüler liegen.
- . findet es merkwürdig, dass über die Gebührenerhöhung der Haushalt stabilisiert werden müsse aufgrund der hohen Kreisumlage. Gleichzeitig zahle der Kreis für die Schüler im Kreis einen großen Anteil und für die Greifswalder Schüler nicht einen Euro.

### Der Oberbürgermeister

- . erklärt, dass die Gebührenerhöhung nicht aufgrund des Haushaltes durchgeführt werde, sondern regelmäßig die gestiegenen Kosten (Lohn, Betriebskosten) eingearbeitet würden.

### Herr Rodatos

- . bedankt sich für die Erarbeitung eines anderen Kalkulationsvorschlages der Gebühren.
- Die Anhebung der Gebühren um 50 Prozent für die Erwachsenen würde dazu führen, dass beispielsweise für Ballettunterricht eine deutlich höhere Kursgebühr anfalle. Da die bisherigen Kursgebühren schon in den höheren Preisklassen liegen, sei der Vorschlag nicht passend für alle Angebote.
- Fraglich sei, ob sich die angedachte Gebührenerhöhung nur auf die Gruppe der Erwachsenen fokussiere.
- . fragt, ob es möglich sei, eine Auflistung zu erhalten, wie sich die 113 Erwachsenen auf die verschiedenen Kurse verteilen.

### Herr Multhauf

- . sagt, dass jeder, der Interesse an einem Kurs der Musikschule habe, die Möglichkeit bekommen sollte, daran teilzunehmen.
- . meint, dass wenn die Stadt durch das Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) ca. 200 TEUR mehr erhalte, man auf diese Gebührenerhöhung verzichten könne.

### Herr Dr. Meyer

- . erklärt, dass Herr Burmeister ihn darauf aufmerksam gemacht habe, dass die Kostendeckung bei Erwachsenen zwischen 25 und 40 Prozent liege. Hingegen bei den Kindern liege die Kostendeckung teilweise deutlich höher.
- Diese Diskrepanz könne behoben werden.
- Außerdem stelle Herr Burmeister die Frage in den Raum, weshalb Erwachsenenunterricht subventioniert werde.

**Frau Hauswald**

. antwortet, dass im Betriebsabrechnungsbogen deutlich werde, dass beispielsweise bei den Gruppenkursen mit 8 bis 10 Schülern eine höhere Kostendeckung vorliege. Bei den Einzelunterrichten sei der Kostendeckungsgrad weitaus geringer.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 2	Enthaltungen 3
-----------	----------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 5.5. 3. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gewässerunterhaltungsgebühren vom 22.02.2010 (Gewässerunterhaltungsgebührensatzung)**  
06/1048

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 1
-----------	--------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 5.6. Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogrammes Vorpommern, Entwurf 2017 zur dritten Stufe der Beteiligung – Raumordnerische Festlegungen für die Windenergienutzung-**  
06/1065  
HA-216/17

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Hochschild**

. fasst zusammen, dass wenn der Beschluss in dieser Form gefasst werde, die Stellungnahme – wie in der Anlage der Vorlage beigefügt – verschickt werde. Die Stadtansicht von Norden stehe als Einzeldenkmal in der Denkmalliste. Durch das Repowering 2015 seien die Anlagen von 90 m auf 150 m erhöht worden. Diese Anlagen seien heute in der Nordansicht gut sichtbar, was eigentlich verhindert werden sollte. Daher verstehe die CDU-Fraktion nicht, weshalb die Gesamthöhe auf 200 m begrenzt werde.

**Der Oberbürgermeister**

. erläutert, dass falls die Beschlussvorlage keine Mehrheit finde, auch keine Stellungnahme abgegeben werde. Diese Stellungnahme beinhalte jedoch schon eine Einschränkung.

**Frau von Busse**

. ergänzt, dass die 200 m aufgrund des Gutachtens zustande gekommen seien. Bei 200 m solle es demnach keine großen Beeinträchtigungen geben.

**Herr Hochschild**

. stellt den Änderungsantrag, die Gesamthöhe von 200 m auf 150 m zu reduzieren.

**Herr Dr. Kasbohm**

. sagt, dass im Gutachten explizit stehe, dass die Windenergieanlagen nicht in Konkurrenz zur städtischen historischen Stadtansicht ständen.

**Frau Socher**

. sei in der Sitzung des regionalen Planungsverbandes anwesend gewesen, als der Beschluss dort gefasst worden sei. Es gebe ein Bundesgesetz, in dem festgelegt sei, dass keine Windkraftanlagenverhinderungsbeschlüsse gefasst werden dürfen.

**Herr von Malottki**

. fragt, ob Herr Hochschild den Vorschlag mit einer Begrenzung auf 150 m bereits im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung unterbreitet habe.

**Frau von Busse**

. antwortet, dass die Vorlage als nachträgliche Vorlage in den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung eingegangen sei, da kurz vorher erst die Aufforderung vom regionalen Planungsverband eingegangen sei. Daher hätten die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung sich nicht auf die Vorlage vorbereiten können.

**Herr Dr. Meyer**

. geht auf den Redebeitrag von Frau Socher ein und erklärt, dass durch eine Begrenzung auf 200 m keine Verhinderung der Windkraftanlagen entstehe, sondern lediglich eine Einschränkung.

Herr Dr. Fassbinder lässt über den Änderungsantrag von Herrn Hochschild abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	8	0

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Stellungnahme der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Zweiten Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern, Entwurf 2017 zur dritten Stufe der Beteiligung (Anlage 1).“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	5	0

**TOP 5.7. Bauantrag - Neubau eines REWE-Marktes am Bahnhof Greifswald-Süd**

06/1062.1  
HA-217/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,*

*das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) zur Errichtung eines neuen REWE-Marktes gemäß § 34 Abs. 1 BauGB herzustellen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**Herr Multhauf**

. bittet bei dieser Gelegenheit, herauszufinden, wer verantwortlich für die Fläche neben dem Ausgang zum Südbahnhof sei und die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, um diese Fläche anschaulich zu gestalten.

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass dies bereits im letzten Protokoll der Sitzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt gestanden habe. Die Verwaltung werde sich **daher** um die Angelegenheit kümmern.

**Herr Wixforth**

. bittet um Aushändigung eines Fotos des betroffenen Aufgangs.

**Herr Multhauf**

. sagt das Foto zu.

**TOP 5.8. Bebauungsplan Nr. 13 – Am Elisenpark –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1050 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Prof. Dr. Hardtke**

. fragt, wer die Erschließung durchführe – mache es die Stadtverwaltung selbst oder werde ein Erschließungsträger beauftragt.

. stellt fest, dass diese Information für den Bebauungsplan nicht irrelevant sei. Denn in diesem Gebiet gebe es mehrere Privatstraßen betroffen.

**Herr Kaiser**

. erklärt, dass es bereits im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung diskutiert worden sei. Die Haupterschließung und die städtischen Gebiete werde die Stadtverwaltung selbst erschließen. Dort, wo die privaten Investoren ihre Gebäude errichten wollen, blieben es Privatstraßen.

**Herr Dr. Kasbohm**

. weist darauf hin, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage erst einmal nur um einen Auslegungsbeschluss handele. Die Frage – privat oder nicht privat – könne auch hinterher noch geklärt werden.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.9. 22. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55-A „Alter Speicher“)**

06/1037

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

. fragt, ob es darum gehe, dass der Alte Speicher in ein Hotel umgebaut werde.

**Herr Kaiser**

. verneint dies.

. erklärt, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werde. Der Investor wolle im nördlichen Bereich – entgegen dem, was im F-Plan festgelegt sei ein Mischgebiet haben. Der Alte Speicher sei ein Bestandteil des Gebietes, aber es gehe um den ganzen Bereich, der sich an die Hafenstraße anschließe.



**Herr Dr. Meyer**

. fragt, ob noch eine gültige Abrissgenehmigung für den Alten Speicher existiere.

Dies wird verneint.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.10. Bebauungsplan Nr. 55-A „Alter Speicher“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Aufstellungsbeschluss**

06/1038

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

. fragt nach dem in der Vorlage benannten Bodendenkmal.

**Herr Kaiser**

. erklärt, dass Bodendenkmäler immer dann eingetragen werden, wenn archäologische Funde vorlägen. Dies sei nur ein Hinweis für den Bauherrn. Erst im Zuge der Baumaßnahmen könne festgestellt werden, ob wirklich ein Bodendenkmal vorhanden sei und entsprechende Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden müssten.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.11. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1039 (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 55 –Hafenstraße –)

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.12. Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße – der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Entwurf, 2. Durchgang), Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1045

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

. fragt, ob es möglich sei, den dort bestehenden See als Eisfläche freizugeben.

**Herr Kremer**

. antwortet, dass das Wasser nun abgepumpt werde, um Wohnuntersuchungen für die Baumaßnahmen durchzuführen. Daher sei sowieso die Frage, ob im Winter dort noch Wasser stehe. Außerdem kämen dann Verkehrssicherungspflichten auf die Stadt zu.

**Herr Dr. Meyer**

. erklärt, dass es dort eine Kolonie Möwen gebe. Da Möwen unter Naturschutz ständen, möchte er wissen, ob die Naturschutzbehörde einbezogen worden sei.

**Herr Kaiser**

. antwortet, dass bei dem Verfahren mit der unteren Naturschutzbehörde gesprochen worden sei. Sie legten auch fest, welche ausgleichenden Maßnahmen zu ergreifen seien.

**Herr Winckler**

. sagt, dass es bezüglich der Eisfläche seitens der Stadtverwaltung Standortuntersuchungen gebe. Die Prüfung der Verkehrssicherungspflichten sei noch nicht abgeschlossen. Wenn alle Prüfungen mit vertretbaren Ergebnissen abgeschlossen seien, könne man sich vorstellen, dort eine Eisbahn zu betreiben.

**Herr Hochschild**

. erinnert an den Änderungsantrag, der von der CDU-Fraktion im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung eingebracht worden sei. Laut ISEK fehlten 3.000 Wohnungen in Greifswald. Von diesen 3.000 Wohnungen seien 1.000 Wohnungen in Einfamilienhäusern oder Reihenhäusern umzusetzen. Die CDU-Fraktion wünscht sich, dass das ISEK-Konzept im B-Plan wieder gespiegelt werde. Daher werde zur Sitzung der Bürgerschaft der Änderungsantrag eingereicht, der beinhaltete, dass sich im B-Plan-Gebiet 55 ein Drittel Eigenheime wiederfinden sollen.

**Herr von Malotki**

. meint, dass es gegenüber den Bürgern, die sich am Workshop B-Plan 55 beteiligt hätten, unratsam wäre, jetzt einen ganz anderen Weg einzuschlagen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

**TOP 5.13. Bebauungsplans Nr. 113 - KAW-Gelände Süd-Ost -; Aufstellungsbeschluss**

06/1046 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Kaiser**

. informiert, dass der private Eigentümer im nördlichen Dreieck in Verlängerung der Wiesenstraße diesen B-Plan mit der Stadtverwaltung zusammen entwickle.

**Herr von Malotki**

. fragt, ob das Polly-Faber-Gelände dazugehöre und ob es Sinn mache, dieses wieder miteinzubinden.

**Herr Kaiser**

. sagt, dass das Polly-Faber-Gelände nicht dazugehöre. Der ursprüngliche B-Plan habe alles umfasst. Aber dann habe die Stadtverwaltung den B-Plan zweigeteilt. Der B-Plan für dieses Gelände sei auf das südliche Grundstück fi-

xiert worden. Im nördlichen Teil habe es keine Rückmeldung des Eigentümers gegeben, das Grundstück überplanen zu lassen.

**Frau Socher**

. fragt, ob es durch die Verwaltung eine Möglichkeit gebe, die B-Pläne während der Sitzung an die Wand zu werfen.

**Herr Kaiser und der Oberbürgermeister**

. sagen dies zu, obwohl es sich nicht um eine inhaltliche Diskussion handeln sollte.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 5.14. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch -, Aufstellungsbeschluss**

06/1040 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 5.15. Sonderausstellung zu Ernst-Moritz-Arndt im Pommerschen Landesmuseum**

06/1057 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.16. Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung einer Verordnung zur Ausweisung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern**

06/1059.2

**Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. merkt an, dass das Land die Stadtverwaltung Greifswald dazu aufgefordert habe, eine Vorschlagsliste zu übersenden. Wenn es nicht zu einer mit der Bürgerschaft abgestimmten Liste kommen sollte, werde die Verwaltung eine Vorschlagsliste erstellen und diese einsenden.

**Herr von Malottki**

. bringt die neue Version ein.

. bittet bei neuen Ideen um Änderungsanträge seitens der Fraktionen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.17. Weiterentwicklung des Quartiersmanagements in Schönwalde II ab 2018**

06/1060.2 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. informiert darüber, dass die Variante, die jetzt vorgeschlagen werde, EU-weit aus-

schreibepflichtig sei.

**Herr Dr. Kasbohm**

. erklärt, dass es noch eine Änderung zu der Vorlage geben werde.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.18. Pfand gehört daneben, nicht in den Müll**

06/1061 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.19. Abberufung des stellv. Betriebsleiters des Eigenbetriebs Abwasserwerk Greifswald**

06/1078 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Frau Socher**

. fragt, wer der Nachfolger sein werde.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass dies noch nicht feststehe.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

**Der Oberbürgermeister** macht folgende Mitteilungen:

- Stand Wackerow  
Die Gemeindevertretung Wackerow habe dem Vertragsentwurf zugestimmt. Vor diesem Hintergrund sei das Ministerium gebeten worden, Anhörungsverfahren einzuleiten. Hierbei würden Amt, Kreis und das Ministerium angehört. Am 12.07.2017 werde eine Einwohnerversammlung in Wackerow stattfinden, welche von der dortigen Gemeindevertretung einberufen worden sei. Im Spätsommer sollen die Zahlen geliefert und im November in der Bürgerschaft behandelt werden.
- Reform des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V)  
Es gebe ein Zahlenwerk des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern. Dieses beruhe auf Berechnungen eines Kompromisses des Städte- und Gemeindetages M-V. Das Gesetz gehe jetzt erst in den Landtag. Für Greifswald würde diese Änderung bedeuten:
  - + 1,14 Mio. EUR Schlüsselzuweisungen
  - 450 TEUR Familienleistungsausgleich
  - 460 TEUR übertragene Aufgaben
  - = Gesamt: + 230 TEUR pro JahrAber die Datengrundlage sei sehr unklar und daher sei nicht gewiss, ob Greifswald diese Summe am Ende auch erhalte.  
Beim Familienleistungsausgleich sei es so, dass bisher die zusätzlichen Gelder für die Kinder abhängig vom Einkommen der Eltern gewesen seien. Dies werde nun angepasst und dann zähle jedes Kind gleich viel.

Da die Eltern in Greifswald tendenziell mehr verdienen als in manch anderen Orten, entstehe ein Verlust.

Die übertragenen Aufgaben seien jetzt schon nicht ausfinanziert. Die Reduzierung des Geldes erschließe sich dem Oberbürgermeister nicht.

Am 04.07.2017 tage eine AG des Städte- und Gemeindetages bei der der Oberbürgermeister dies noch einmal hinterfragen wolle.

Die Anhörung der Verbände solle im Sommer erfolgen und der Beschluss werde dann im Herbst gefasst.

- Chinesischer Unterricht

Ab dem neuen Schuljahr werde es auf Initiative des Oberbürgermeisters im Alexander-von-Humboldt-Gymnasium und an der Montessori-Schule als Wahlfach Chinesisch-Unterricht geben. Dies sei ein Beispiel der guten Zusammenarbeit mit der Hansestadt Stralsund. Der Unterricht werde vom Konfuzius-Institut in Stralsund angeboten.

Eine Informationsveranstaltung für interessierte Eltern, Lehrer und Schüler werde am 13.07.2017 stattfinden.

### **Frau Demuth**

. informiert darüber, dass noch eine Beschlussvorlage „Ernennung des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr“ auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden solle. Die Vorlage sei zum Hauptausschuss noch nicht fertig gewesen.

## **TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses**

### **Herr Hochschild**

. geht auf den Zeitungsartikel der OZ bezüglich der Käthe-Kollwitz-Grundschule ein.

. schlägt vor, sich gemeinsam für eine Bedarfsampel einzusetzen.

### **Frau von Busse**

. informiert, dass es diesbezüglich einen gemeinsamen Termin mit Herrn Pegel gegeben habe. Im Moment warte die Stadtverwaltung auf einen Bescheid von ihm. Es sei nicht einzuschätzen, welchen Inhalt der Bescheid habe. Es könne auch möglich sein, dass eine Bedarfsampel angeordnet werde.

Durch haltende Autos der Eltern, die ihre Kinder vor der Schule absetzen, werde es sehr schwer, die Straße einsehen zu können.

Die Stadtverwaltung wolle – falls es zu einer Bedarfsampel komme – vorher prüfen, wo sie errichtet werde. Ein Teil der Kinder überquere die Loeffler-Straße auch im Bereich der Brüggstraße. Der Eingang zu den Fahrradkellern liege in der Brüggstraße.

Sobald der Haushalt freigegeben sei, werde es Informationsveranstaltungen geben.

Es sei auch schon überlegt worden, Flächen in Seitenstraßen für die Eltern einzurichten, die ihre Kinder zur Schule fahren.

Jedoch werde erst einmal der Bescheid abgewartet.

### **Herr von Malottki**

. geht ebenfalls noch einmal auf die Verkehrssituation vor der Käthe-Kollwitz-Schule ein.

. wünscht sich, dass die Stadtverwaltung eine Bedarfsampel, möglicherweise noch vor der dunkeln Jahreszeit, errichte.

### **Herr Dr. Kasbohm**

. fragt, nach dem Stand zur Haushaltsgenehmigung.

. möchte wissen, was über den Sommer bezüglich des Theaters geplant sei.

### **Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass der Haushalt soweit fertig sei und lediglich Unterschriften fehlten. Auf Nachfrage sei gesagt worden, dass keine großen Änderungen zu erwarten seien.

. sagt zum Theater, dass er im nichtöffentlichen Teil dazu etwas mitteile.

**Herr Multhauf**

. geht auf den ersten Spatenstich der Integrierten Gesamtschule „Erwin Fischer“ ein.  
. bittet darum, dies bezüglich an die Schüler und Lehrer heranzutreten und möchte wissen, wer für das Zeremonielle zuständig sei.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass die Stadtverwaltung zuständig sei und das bereits alles intensiv mit Frau Kagel abgestimmt sei.

**Herr Multhauf**

. bittet in dem Zusammenhang darum, dass neue Möbel und Tafeln angeschafft werden, um die modernste Ausstattung zu erhalten.

**Herr Dr. Fassbinder**

. versichert, dass mit dem vorhandenen Budget das Möglichste geschaffen werde.

**Herr Multhauf**

. geht auf das geplante Stadtarchiv ein und regt erneut an, das Kirchen- und das Landesarchiv an einem Standort zusammenzulegen.  
Der Oberbürgermeister habe gegenüber Herrn Dahlemann von einem Pommerschen Archivzentrum gesprochen.  
. möchte wissen, ob daher durchaus die Möglichkeit bestehe, alle drei Archive zusammenzulegen.

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass der Neubau des Stadtarchives für ihn Priorität habe. Gleichzeitig bemühe er sich, dass neben diesem Gebäude das Archiv des Landes und das der Kirche dort erbaut werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Multhauf** bezüglich des ersten Spatenstichs des Stadtarchivs antwortet **Herr Kremer**, dass ein Förderantrag gestellt worden sei. Das Landesförderinstitut führe die baufachliche Prüfung durch. Es sei ungewiss, wann diese abgeschlossen sei. Es könne erst in Abhängigkeit des Endes der baufachlichen Prüfung ausgeschrieben werden. Danach müsse entschieden werden, ob es sich noch lohne, mit dem Bau im Herbst zu beginnen oder ob man dies ins Frühjahr verschiebe.

**Herr Multhauf**

. geht auf eine Pressemitteilung „Greifswald möchte Gedächtnisort für die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern werden“ ein.  
. bietet sich als Zeitzeuge an, da Fehler in der Mitteilung enthalten seien.  
. macht darauf aufmerksam, dass es sich beim Jahn-Gymnasium um die erste Stadtschule der Stadt handele.  
. zitiert aus einer Anlage des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft u. a. zur Stellung des Gymnasiums zur Stadt.  
. betont die Wichtigkeit dieser Schule.

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass alle Schulen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wichtig seien und alle Schulen auch gleich behandelt werden.

**Herr von Malottki**

. kündigt an, dass dieses Thema auch in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft behandelt werde.  
. wünscht sich, dass die zuständige Dezernentin oder der zuständige Abteilungsleiter an der Sitzung teilnehme und zu den Fragen und Anmerkungen Stellung nehme.

### **Herr Dr. Kerath**

. informiert, dass

- die SPD-Fraktion viele Umbesetzungen für die Sitzung der Bürgerschaft in einer Beschlussvorlage zusammengefasst habe.
- in der letzten Sitzung der Bürgerschaft die Vorlage „Verbilligungsrichtlinie“ zurückgezogen worden sei, da das Thema „Wohnen“ Schwerpunkt in dieser Bürgerschaft sein werde. Daher werde die Vorlage nun wieder eingebracht.

. sagt, dass verschiedene Minister an verschiedenen Standorten Fördermittelbescheide zur Errichtung von Kindertagesstätten übergeben hätten. Für Greifswald sei nichts bekannt.

. möchte wissen, wie weit der Eigenbetrieb hinsichtlich des ersten Spatenstichs für einen Neubau einer Kindertagesstätte sei.

### **Herr Kremer**

. antwortet, dass zwei Neubauvorhaben ausgeschrieben werden. Am 04.07.2017 seien die Gespräche mit den Planungsbüros. Der Betriebsausschuss werde dann darüber beraten. Danach werde die Planung der beiden Kindertagesstätten begonnen. Parallel dazu werde die Ausschreibung der Planungsleistungen für eine Komplettsanierung einer Kindertagesstätte vorbereitet. Wenn alles optimal laufe, könne in einem Jahr Baubeginn sein.

### **Der Oberbürgermeister**

. ergänzt, dass keine Sitzungen von Betriebs-/Werksausschüssen aufgrund fehlender Beschlussfähigkeit ausfallen dürften.

### **Der Oberbürgermeister**

. habe sich ausführlich mit Herrn Lerm besprochen und dieser habe gesagt, dass derzeit die Förderprogramme nicht passten. Sobald es etwas Neues gebe, werde er „zuschlagen“.

### **Herr von Malottki**

. geht auf das Thema „Ehe für alle“ ein.

Viele Menschen in Greifswald lebten in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft. Diese könnten sich nun ummelden.

. möchte wissen, ob es die Möglichkeit gebe, die entsprechende Gebühr zu erlassen, um eine doppelte Zahlung zu vermeiden.

. fragt, wie groß der Kreis der Betroffenen sei.

### **Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass dies geprüft werde.

## **TOP 8.**

### **Mitteilungen der Präsidentin**

Die Präsidentin der Bürgerschaft teilt mit, dass

- der Teilwiderspruch des Oberbürgermeisters zum Beschluss B548-20/17 „Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend“ an alle weitergeleitet worden sei.

Die Angelegenheit werde in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Diesbezüglich gebe es eine Stellungnahme von Herrn Matzick. Diese sage aus, dass der Lebensmittelpunkt eines Menschen immer an eine Wohnung gebunden sei – unabhängig von Haupt- oder Nebenwohnsitz.

- ein Brief des Präsidenten der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zum Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) eingegangen sei. Frau Socher möchte wissen, ob es sinnvoll sei, dass die Greifswalder Bürgerschaft sich noch einmal mit diesem Thema auseinandersetze und bestimmte

- Forderungen der Stralsunder Bürgerschaft unterstütze.
- die Fraktionen gebeten werden, über die Notwendigkeit der automatischen Weiterleitungen bei den E-Mail-Adressen der Fraktionsgeschäftsführer nachzudenken. Mitteilungen, die nur an die Mitglieder der Bürgerschaft gerichtet und bei denen die Fraktionsgeschäftsführer nur informativ in den Verteiler aufgenommen seien, würden zu weit verteilt werden.
- bei Anfragen des Ministerpräsidenten und des Bundespräsidenten zur Ehrung es Ehrenamtes keine Rückmeldungen von den Fraktionen eingingen. Frau Socher bittet, wenigstens mitzuteilen, dass die Fraktionen keine Vorschläge hätten.
- sie in der letzten Woche mit Herrn Hochheim telefoniert habe. Es seien keine großen Einschränkungen beim Haushalt zu erwarten. Möglicherweise gebe es kleinere Abstriche im Bereich der Kreditermächtigungen.
- das Sommerfest der Bürgerschaft aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes noch nicht terminiert worden sei. Bei der Abfrage der zwei zur Auswahl gestellten Termine, habe sich eine Mehrheit für den 01.09.2017 ausgesprochen. Das Fest solle auf dem Gelände des Seesportzentrums stattfinden. Da jedoch an diesem Tag Deutsche Meisterschaften in Ueckermünde seien, wäre niemand vor Ort. Frau Socher fragt, ob auch der 31.08.2017 als Termin möglich wäre.  
Herr Krüger schlägt vor, die Terminabsprache im erweiterten Präsidium zu treffen.
- Herr Mundt die Sitzungsleitung des erweiterten Präsidiums übernehmen werde, falls Frau Socher nicht rechtzeitig anwesend sei.
- es beim letzten Betriebsausschuss „Hanse-Kinder“ Probleme bei der Beschlussfähigkeit gegeben habe, da nicht jedes Mitglied der Bürgerschaft ein Mitglied der Bürgerschaft als Stellvertreter habe.

**TOP 9. Schluss der Sitzung**

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:32 Uhr.

für das Protokoll

*Dr. Stefan Fassbinder*  
*Oberbürgermeister*

*Sarah Wiesenberg*  
*Sachbearbeiterin*  
*Sitzungsdienst Hauptausschuss*